

Die Bundesstadt braucht zwei Zeitungen

Roger Blum, Professor für Medienwissenschaft an der Universität Bern, über die Berner Presselandschaft

Am vergangenen Montag plädierte der ehemalige «Bund»-Chefredaktor Peter Ziegler für nur noch eine Zeitung in Bern. Das ist ein listiger Plan, aber leider führt er zu einer Verarmung des öffentlichen Diskurses. Darum braucht die Bundesstadt auch künftig zwei Tageszeitungen.

Die heutigen Menschen nutzen die Medien sehr vielfältig: Frühmorgens hören sie Radio, auf dem Weg zur Arbeit blättern sie im öffentlichen Verkehrsmittel eine Gratiszeitung durch, am Arbeitsplatz konsultieren sie immer wieder mal die neusten Nachrichten im Internet und reagieren darauf vielleicht gar durch Feedbacks, in Blogs oder mit Chats, dazwischen erhalten sie Neuigkeiten auch über ihr Mobiltelefon, im Auto ist wieder das Radio en vogue, und abends dominiert das Fernsehen.

Die meisten Menschen wenden sich jeweils jenen Medien zu, die ihnen in der konkreten Situation den grössten Nutzen bringen. Sie wissen genau, wo sie was finden, und sind auf diese Weise ganz gut informiert. Und sie kriegen das alles hin ohne abonnierte Tageszeitungen.

Ist die abonnierte Tageszeitung nicht längst überflüssig?

Sie ist es nicht, denn sie – und nur sie – sichert den politischen Diskurs auf allen Ebenen. Die Gratiszeitungen verzichten fast alle auf Kommentare, auf vertiefte Recherchen und gründliche Analysen. Die Sonntagszeitungen wenden sich dem lokalen und regionalen Geschehen nur zu, wenn Skandale zu vermelden sind. Die Wochenzeitungen liefern die genaue Chronik der Ereignisse nicht, sondern wählen ihre Themen sehr eigenwillig aus. Die Lokalradios haben es versäumt, ernsthafte Adressen für politische Analyse und Orientierung zu werden. Den Radio- und Fernsehprogrammen der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) fehlt vor allem die regionale Informationsdichte und Kommentarstärke. Das Internet überlässt trotz seinen unendlichen Möglichkeiten die Meinungsführerschaft den Printmedien. Bricht irgendwo eine Krise aus, schaut alles auf die grossen Qualitätszeitungen – auf die «New York Times» oder auf die «Frankfurter Allgemeine», auf den «Corriere della Sera» oder die «Neue Zürcher Zeitung», auf Zeitungen also, die durch ihre spezialisierte, kompetente Redaktion, durch ihren freiwilligen Service public und durch ihre Glaubwürdigkeit besonders herausragen. Sie sind für viele Menschen Leuchttürme, ja Vertrauensagenturen im Meer der Nachrichten.

DIE TAGESZEITUNGEN, die abonniert werden können, sind gegenwärtig ganz besonders unter Druck. Sie verlieren Leserinnen und Leser sowie Werbeaufträge. Sie büssen an Reichweite ein. Da sie ihre Verkaufspreise nicht verdoppeln oder verdreifachen können, weil ihnen dann die Leserinnen und Leser erst recht davonlaufen, bleiben sie stark von der Werbung abhängig, die zurzeit nicht nur in andere Medien abwandert, sondern ganz grundsätzlich einbricht. Gleichzeitig bleibt die Produktion solcher Printmedien teuer, da das Publikum hohe Erwartungen an die Redaktionen richtet. Eine Qualitätszeitung kann es sich

nicht leisten, das weltweite Korrespondentennetz zu sehr abzubauen, weil sie sonst an Kompetenz und Glaubwürdigkeit verliert. Was also tun?

MAN WIRD SICH damit abfinden müssen, dass nicht alle Titel in der heutigen Form überleben, gerade der «Bund» nicht. Die Zahl der abonnierten Zeitungen wird nochmals schrumpfen. Titel mit Auflagen unter 100000 Exemplaren werden kaum ohne Anlehnung an einen grösseren Verbund weiterbestehen können. In der Schweiz hat es per saldo vielleicht noch für sieben täglich erscheinende Qualitätszeitungen Platz – vier in der Deutschschweiz, zwei in der Suisse romande, eine im Tessin. Aus dieser Erkenntnis heraus prüft die Tamedia für den Platz Bern zwei Optionen: entweder nur noch eine Zeitung (durch die Fusion von «Berner Zeitung» und «Bund») oder die Integration des «Bund» in den «Tages-Anzeiger».

Lieber nur eine Zeitung, dafür eine starke, lautet das Plädoyer von Peter Ziegler, das vor einer Woche in diesem Blatt zu lesen war.

GENAU MIT DIESEM ARGUMENT traten die Architekten der «Basler Zeitung» an, als sie 1976 die Fusion der nonkonformen «National-Zeitung» mit den liberalen «Basler Nachrichten» verkündeten. Die «Basler Zeitung» sollte die Stimme der Nordwestschweiz in Bern und der Herold Basels in der übrigen Schweiz sein.

Dazu kam es aber gerade nicht: Die «Basler Zeitung» wurde national deutlich weniger wahrgenommen als vorher die «National-Zeitung», die bei vielen Linksintellektuellen des ganzen Landes beliebt war, und als die «Basler Nachrichten», die wegen ihrer Seriosität und ihrer Chefredaktoren Albert Oeri, Peter Dürrenmatt und Oskar Reck stets weit über Basel hinaus ausstrahlten.

In Basel selber verarmte der öffentliche Diskurs. Viele Baslerinnen und Basler fühlten sich vom neuen Blatt nicht mehr vertreten und distanzieren sich von ihm. Das war erst recht der Fall, nachdem 1992 auch noch die beiden kleineren Tageszeitungen, die katholische «Nordschweiz» und die sozialdemokratische AZ, verschwunden waren.

Die «Basler Zeitung», jetzt ganz Monopol, war unbeliebt. Dies hatte Rückwirkungen auf die Redaktion: Sie wurde einerseits vorsichtig, andererseits bequem. Sie verzichtete auf grosse journalistische Herausforderungen. Eine Beamtenmentalität machte sich breit. Noch 1998 fuhr die Mehrheit der Redaktion vom Rheinhafen, wo ihr Sitz damals war, Tag für Tag zum Mittagessen nach Hause, völlig egal, ob sich die Tagesereignisse überschlugen. Die Monopolsituation lähmte. Erst 2004 unter Chefredaktor Ivo Bachmann begann sich dies zu ändern. Fakt aber ist, dass in einer Stadt, in der nur eine Tageszeitung erscheint, der öffentliche Diskurs durch ein Monopolblatt nicht ausreichend stimuliert wird.

EIN ÄHNLICHES BEISPIEL bietet Luzern. Auch dort verarmte der öffentliche Diskurs nach der Fusion der «Luzerner Zeitung» mit den «Luzerner Neuesten Nachrichten (LNN)» zur «Neuen Luzerner Zeitung» im Jahr 1995. Das neue Blatt wollte einerseits nirgends anecken, spielte andererseits aber seine Macht aus. Politisch unliebsame Leserbriefe werden unterdrückt, erst recht, wenn sie von Nicht-Abonnenten stammen. Viele kritische Stimmen in der Innerschweiz beurteilen die publizistische Situation als trist.

ÜBER EINE MONOPOLSTELLUNG verfügen mittlerweile auch Tageszeitungen in den Städten Schaffhausen, St. Gallen, Aarau, Baden und Freiburg (dort zumindest sprachregional) sowie in einer ganzen Reihe ländlicher Kantone. Überall hat der öffentliche politische Diskurs gelitten. Die Macht der jeweils dominierenden Zeitung wird durch keine entsprechende Gegenmacht kontrolliert. Gerade politische Minderheiten oder politische Akteure, die nicht in der Gunst der Redaktion stehen, sind der Zeitung gänzlich ausgeliefert. Über die Akzente in der kantonalen und städtischen Politikberichterstattung entscheidet oft

ein einziger Journalist, und wenn er etwas niedermacht oder hoch lobt, gibt es keine Gegenstimme in einem anderen Blatt.

Und das soll jetzt auch in Bern so werden?

Bern, die Hauptstadt der Schweiz, kannte Anfang der Siebzigerjahre noch vier Tageszeitungen: den «Bund», das «Berner Tagblatt», die «Tagwacht» und die «Neue Berner Zeitung». Zwei von ihnen, das bürgerliche «Berner Tagblatt» und die als Organ der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (heute SVP) fungierende «Neue Berner Zeitung», gingen in einem kaskadenartigen Fusionsprozess von Land- und Stadtzeitungen in der «Berner Zeitung» auf, die 1979 entstand. Die sozialdemokratische «Tagwacht» hingegen, die am Schluss als «Hauptstadt» firmierte, starb einen langsamen Tod.

Heute existieren noch zwei täglich erscheinende Zeitungen in der Bundesstadt – die «Berner Zeitung» und der «Bund». Dem «Bund» geht es seit Längerem schlecht. Mehrmals sind Chancen verpasst worden, ihn zusammen mit anderen Blättern zu einer starken publizistischen Plattform zu machen:

- Als Ringier in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre beim «Bund» das Sagen hatte, wäre es möglich gewesen, aus den «Luzerner Neusten Nachrichten» und dem «Bund» eine attraktive Zeitung zu machen, die ihr Fundament in Bern und Luzern gehabt hätte, die aber von dort aus hätte weiter ausgreifen können. Der Ringier-Verlag prüfte den Plan, entschied aber schliesslich dagegen, stiess dann die LNN ab und stieg auch beim «Bund» wieder aus.
- Als die «Neue Zürcher Zeitung» (NZZ) 1995 die operative Führung beim «Bund» übernahm, wäre ein Zeitungsverbund aus «Bund», «St.Galler Tagblatt» und «Neuer Luzerner Zeitung» möglich gewesen. Doch die NZZ beschränkte sich auf das freiwillige Artikelaustausch-System «Pressenetz» und machte wenig Druck auf die drei Partner. Sie zeigte wenig Fantasie und Gestaltungswillen, um aus ihren Regionalzeitungen eine national gewichtige Stimme zu machen. So blieb auch diese Chance ungenutzt.
- Selbst unter dem «Berner Modell», mit dem seit 2003 «Bund» und «Berner Zeitung» unter dem Verlagsdach der Espace Media herauskamen, wäre es denkbar gewesen, den «Bund» nach wie vor mit den NZZ-Töchtern in Luzern und St.Gallen zu verheiraten. Denn die NZZ behielt ihren 40-prozentigen Anteil und war publizistisch nach wie vor mit im Spiel. Oder man hätte eine andere Lösung suchen können, beispielsweise mit der «Mittelland Zeitung». Aber man war zufrieden damit, dass der gute Konjunkturverlauf dem «Bund» zeitweise schwarze Zahlen bescherte.

JETZT BIETET SICH ernsthaft – und vielleicht letztmals – die Chance, den «Bund» in ein grösseres Zeitungsprodukt einzubetten, in den «Tages-Anzeiger». Die beiden Zeitungen betreiben einen ähnlichen Journalismus, auch wenn sich ihre Positionen nicht immer decken. Sie gehen von ähnlichen Qualitätsansprüchen aus. Sie legen ähnlich grossen Wert auf Hintergrund, Analysen, kluge Kommentare, geistreiche Essays. Es sind beides eminent politische Zeitungen, die eine grosse Rolle spielen (wollen) im öffentlichen politischen Diskurs.

Ich sage dies nicht, weil ich zehn Jahre lang zur Redaktion des «Tages-Anzeigers» gehörte. Ich hätte auch eine enge Zusammenarbeit des «Bund» mit dem «St. Galler Tagblatt» und der «Neuen Luzerner Zeitung» leidenschaftlich befürwortet, wenn sich diese Möglichkeit je ernsthaft geboten hätte.

Es geht mir darum, der Bundesstadt die Meinungsalternativen und damit zwei Tageszeitungen zu erhalten – die «Berner Zeitung» und den «Bund», immer unter der Voraussetzung, dass der «Tages-Anzeiger», der sich in einem Relaunch «neu erfinden» will,

dann noch eine Qualitätszeitung bleibt, und dass der «Bund» auch im Verbund grosse Freiheiten bei der Kommentierung und der Akzentsetzung behält.

DREI ARGUMENTE sprechen dafür:

1. Das Publikum hat ein Anrecht auf Auswahl. Es ist unzumutbar, wenn ein einziger Feuilletonredaktor über alle Theaterpremieren urteilt. Es ist inakzeptabel, wenn eine einzige Lokalredaktion dem Gemeinderat Noten verteilt und eine einzige Kantonsredaktion dem Regierungsrat. Das Publikum muss wählen, muss vergleichen können. Es muss die Möglichkeit haben, die eine Zeitung abzubestellen und zur anderen zu wechseln. Eine aufgeklärte Öffentlichkeit erfordert dies.

2. Die Redaktionen brauchen den publizistischen Wettbewerb. Wenn zwei Tageszeitungen sich gegenseitig beobachten und konkurrenzieren, erhöht dies die Wahrscheinlichkeit, dass publizistische Glanzleistungen zustande kommen, und die Garantie, dass Affären nicht unter dem Deckel gehalten werden. Zwei Blätter halten sich meist gegenseitig auf Trab.

3. Die Hauptstadt Bern ist auf den medialen Diskurs angewiesen. Gibt es irgendwo eine Hauptstadt, in der nur eine einzige Tageszeitung erscheint? In Rom zirkulieren der «Messagero» und die «Repubblica», in Paris «Le Monde», «Le Figaro», «Libération» und «Le Parisien», in Berlin die «Welt», «Bild», die «Berliner Morgenpost», die «Berliner Zeitung» und der «Tagesspiegel», in Wien die «Presse», der «Standard», der «Kurier» und die «Krone». Und Bern, die Schweizer Bundesstadt, soll sich allenfalls mit bloss noch einer Zeitung begnügen müssen?

Zugegeben, die genannten Hauptstädte sind alle bedeutend grösser als Bern, und es ist logisch, dass dort das Presse-Angebot reichhaltiger ist. Aber auch Hauptstädte, die ähnlich gross wie Bern oder kleiner sind, beispielsweise Luxemburg, La Valetta (Malta), Podgorica (Montenegro) oder Reykjavik (Island), kennen Pressevielfalt. In den Hauptstädten trifft sich die politische Elite, da tagt das nationale Parlament, da wird um die Zukunft des jeweiligen Landes gerungen. Da werden für Staat und Volk weitreichende Entscheidungen gefällt.

Es ist typisch für Hauptstädte, dass sich dieser politische Diskurs auch in einem Mediendiskurs abbildet. Und das kann und darf in Bern nicht anders sein als in Paris oder Rom oder Reykjavik.

Der Autor

Roger Blum ist seit 1989 Professor für Medienwissenschaft an der Universität Bern. Zudem ist der promovierte Historiker und Staatsrechtler Präsident der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI). Von 1991 bis 2001 war er Präsident des Presserates. Der 62-Jährige verfügt über praktische politische und journalistische Erfahrung: Er war Mitglied des Baselbieter Landrates, Redaktor bei den «Luzerner Neusten Nachrichten» und beim «Tages-Anzeiger», wo er als Inlandredaktor und Mitglied der Chefredaktion fungierte. (akv)